



Im großen NECKARQUELLE-Interview forderte CDU-Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei eine „in sich konsistente europäische Asylpolitik“ ebenso wie den Schutz der europäischen Grenzen.

Lassen wir den Finger weiter in der Wunde... vorher sprachen Sie davon, dass sich die Union auf Sachpolitik zu konzentrieren habe. Doch damit hat sie scheinbar auch ihre Probleme. Stichwort: Maut-Debakel... unschön, wenn so viel Steuergeld versenkt wird.

Frei: Na ja, das Maut-Problem ist auch einem komplizierten Konstrukt geschuldet. Ich persönlich hätte nichts dagegen gehabt, wenn wir mit der Maut neben Kfz- und Mineralölsteuer eine dritte Säule bekommen hätten, mit der wir die Verkehrsinfrastruktur hätten finanzieren können. In all unseren Nachbarländern ist das so. Wir Baden-Württemberger können in kein Nachbarland fahren, ohne dort für die Autobahnnutzung zu bezahlen. Ich hätte eine Maut daher nur gerecht gefunden. Nun ist es so, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) anders entschieden hat. Und damit müssen wir umgehen. Jetzt gilt es, das Bestmögliche daraus zu machen.

Aber es war schon falsch von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, von einer Entscheidung in seinem Sinne abzuziehen? Dem Bund drohen nun nach der Kündigung der Verträge für ein Pkw-Mautsystem immerhin Strafen von mehr als einer halben Milliarde Euro.

Frei: Man muss natürlich sehen, dass es beim EuGH einen Generalanwalt gibt. In nahezu allen Fällen folgt der EuGH dessen Gutachten. Insofern muss man sagen, dass der Urteilsspruch am Ende schon überraschend war.

Wie soll man da jetzt das Beste draus machen? Die Geschichte ist doch voll an die Wand gefahren?

Frei: Ja, das ist erledigt. Dass man später das Thema noch einmal unter anderen Vorzeichen aufgreift, beispielsweise unter dem Stichwort CO₂-Bepreisung (siehe Info-Kasten rechts oben), will ich nicht ausschließen.

Wenn Sie gerade das Thema CO₂-Bepreisung ansprechen – die Absicht, die dahinter steht, ist klar. Es geht in der Hauptsache darum, Elektromobilität zu fördern. Ist das nicht gefährlich für das Autoland Baden-Württemberg? Außerdem spielen Sie als Union doch den Grünen aktiv in die Karten, die mit dem Klima-Thema konnotiert werden.

Frei: Wir sehen, dass sich viele Menschen, vor allem junge Menschen, zurecht große Sorgen machen über die Klimaveränderung. Mit diesem Thema be-

schäftigen auch wir uns nicht erst seit gestern. Wir haben den Umstieg von fossilen hin zu regenerativen Energieträgern vor Jahren beschlossen. Seit Angela Merkels Regierungsantritt 2005 ist der Anteil regenerativer Energien von zehn auf 40 Prozent gestiegen. Es ist unglaublich viel passiert in den letzten Jahren. Zumal wir auch den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen haben.

Wir müssen prüfen, inwieweit man eine bessere Steuerungswirkung erzielen kann.

Wollen Sie mit einer CO₂-Abgabe nun noch mehr Geld einnehmen?

Frei: Zusätzliche Steuern halten wir angesichts der Rekordsteuereinnahmen, die wir in Deutschland haben, für völlig kontraproduktiv. Es geht darum zu sehen, ob man mit einer CO₂-Bepreisung eine gewisse Lenkungswirkung erzielen kann, wie etwa mit der Mineralölsteuer.

Anderes Thema: Italien hat die deutsche Kapitänin eines Rettungsschiffs unter Arrest gestellt, weil sie Flüchtlinge an Land gebracht hat. Geht so etwas in der EU?

Frei: Es ist bedauerlich, dass man hier keine vernünftige Lösung gefunden hat. Zumal Deutschland neben drei anderen Ländern angeboten hat, die Flüchtlinge auf dem Schiff aufzunehmen. In der Sache ist das Vorgehen der NGOs (Anm. d. Red. Nichtregierungsorganisationen, gemeint sind die Betreiber von Rettungsschiffen) keine Lösung des Problems. Eine Lösung kann nur ein Konsens auf europäischer Ebene bringen. Wir müssen einen Weg finden, wie man mit den aus Seenot Geretteten letztlich verfährt. Wir brauchen einen Verteilmechanismus zwischen den europäischen Ländern. Es dürfte doch jedem klar sein, dass es nichts bringt, wenn wir bei jedem Rettungsschiff immer dieselben Debatten führen.

Aber wir führen ja auch immer dieselben Debatten mit den osteuropäischen EU-Mitgliedern, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Solche Verteilmechanismen werden wir nie kriegen, weil unsere Politiker in Ländern wie Polen, Ungarn oder der Slowakei auf Granit beißen.

Frei: Seenotrettung lehne ich überhaupt nicht ab. Das wäre absurd. In der konkreten Situation muss man aber sehen, dass kriminelle Schlepper permanent mit dem Leben von Flüchtlingen spielen. Diese werden an der libyschen Küste in überfüllte und schlecht ausgestattete Gummiboote gesetzt. Man muss schon aufpassen, dass man nicht das Geschäft ebendieser Schlepper erledigt. Uns allen muss klar sein, dass Migration nach Europa nicht so funktionieren kann, dass diejenigen, die fit sind und das Geld für Schlepper aufbringen können, sich auf diesen gefährlichen Weg hierher machen.

Und was kann man tun?

Frei: Neben einer in sich konsistenten Asylpolitik müssen wir die europäischen Grenzen schützen. Und wir werden Wege der legalen Migration eröffnen müssen. Wie zum Beispiel mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Und wir werden vielleicht auch mit Kontingenten für gefährdete Gruppen arbeiten müssen. Aber ungeordnete und illegale Migration ist nicht akzeptabel. Hier müssen wir in Europa zusammen vorwärts kommen.

Nun sind Sie ja nicht der Außenminister – zumindest noch nicht – aber sagen Sie mal: Wie soll man so eine Einigung unter den Europäern je hinkriegen?

Frei: Ja, es ist natürlich schwierig. Man wird sich aufeinander zubewegen müssen. Wir werden die Spielräume ausloten müssen. Ich sehe dazu keine vernünftige Alternative. Am Ende des Tages müssen die europäischen Staaten ihre Migrationspolitik aufeinander abstimmen müssen. So schwierig das auch sein mag. Die acht Gesetzesvorlagen, die wir nun auf nationaler Ebene geschaffen haben, werden dabei helfen. Wenn die Asylpolitik der europäischen Staaten nicht aufeinander abgestimmt werden sollte, dann laufen die Dinge ins Leere.

In puncto Asylpolitik hat sich die CDU – auch mit Ihrer Beteiligung – ja intensiv damit beschäftigt, praktikable Lösungen zu finden. Sehen Sie nun wieder Chancen, bei künftigen Wahlen jene konservativen Wähler zurückzuholen, die Sie an die AfD verloren haben?

Frei: Wir sind gut beraten, unsere Politik nicht an anderen Parteien auszurichten. Bürgerliche Wähler gewinnen wir dann für uns, wenn wir gute Politik machen.

2015 war die CDU die Partei, die Migranten ins Land rein lässt. Stichwort: „Wir schaffen das!“ Damals begann der Aufstieg der AfD. Sie können nun eine Partei, die Ihnen rechts von der Mitte das Wasser abgegraben hat und bei Wahlen auf 15, 16 Prozent gekommen ist, ja nicht einfach ignorieren. Zumal diese Partei sich zu einem



Mit einer Abgabe auf den CO₂-Ausstoß wolle man dem Steuerbürger kein zusätzliches Geld abnehmen, versicherte Thorsten Frei den NECKARQUELLE-Redakteuren. Es gehe darum, eine „Steuerungswirkung zu erproben“.

Wo CO₂-Ausstoß richtig Geld kostet

Wer in Deutschland die Atmosphäre durch Autofahren, Heizen oder Landwirtschaft mit dem Treibhausgas CO₂ verschmutzt, soll künftig zahlen müssen. Die Unionsparteien wollen bis September ein Modell zur CO₂-Bepreisung vorlegen. Ziel ist es, mit Blick auf die Klimaziele 2030 ein stringent auf Klimaschutz ausgerichtetes System zu entwickeln. Dabei herrscht Einigkeit bei Union und

SPD, dass das durch neue Abgaben auf CO₂-Ausstoß eingenommene Geld den Bürgern auf anderem Wege wieder zurückgegeben werden müsse. Die deutsche Klimabilanz sieht derzeit nicht gut aus: Deutschland verfehlt seine Klimaziele 2020, und ein Datum für den Kohleausstieg fehlt. Wie es hierzu einmal sein könnte, zeigt ein Blick nach Schweden, wo man bereits

seit 1991 für den CO₂-Ausstoß zahlt. Nach mehreren Erhöhungen bleichen die Schweden heute für fast alle fossilen Energieträger, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, mit rund 120 Euro pro Tonne den höchsten Kohlenstoffpreis der Welt. Anfangs waren es 20 Euro pro Tonne – dieser relativ moderate Einstiegsatz schaffte politische Akzeptanz. rat

guten Teil aus Ihrer ehemaligen Anhängerschaft nährt.

Frei: Wir ignorieren niemanden. Wir haben uns immer schon gegen jede Form illegaler Migration gewandt. Und für humanitäre und Arbeitsmigration eingesetzt. Wir wollen Migration in den Arbeitsmarkt. Und nicht in die Sozialsysteme. In der Vergangenheit haben wir es nicht hinreichend gut geschafft, diejenigen, die nicht bleiben können, zeitnah wieder außer Landes zu bringen. Das ist eine Frage der Durchsetzung des Rechtsstaats. Heute geht das schneller.

Wichtig ist ja die Wahrnehmung der Menschen. In einer veränderten Medienwelt müssen Politiker variabler sein, um alle Wählergruppen zu erreichen. Sie drehen Youtube-Videos und halten auch Online-Sprechstunden ab, um Ihre Botschaften zu übermitteln.

Ich versuche, so viel wie möglich im Wahlkreis präsent zu sein.

Frei: Die Informationslandschaft ist vielfältiger geworden. Eine der Herausforderungen besteht darin, dass sich viele Menschen nicht aus unterschiedlichen Medien informieren. Diese Segmentierung hat dazu geführt, dass sich viele in Kreisen bewegen, die weitestgehend ihre eigene Meinung teilen. Man bewegt sich in der eigenen Blase und nimmt andere Positionen im demokratischen Spektrum gar nicht mehr wahr. Das ist schon ein großes Problem.

Lässt sich mit Online-Präsenz der Umstand kompensieren, dass Sie aufgrund Ihrer erweiterten Verpflichtungen in der Fraktion weniger im Wahlkreis präsent sind?

Frei: Ich versuche wirklich, so viel wie möglich im Wahlkreis präsent zu sein. Weil ich glaube, dass diese Präsenz durch keine mediale Anstrengung ersetzt werden kann. Es kommt mir auf den persönlichen Kontakt zu den Men-

schan an. Eine Online-Sprechstunde ersetzt nicht die analoge Bürgersprechstunde. Ich probiere immer wieder neue Formate aus.

„Formate“ – dieser Begriff spielt auch in Bezug auf Fernsehsendungen eine wichtige Rolle. Ein im Fernsehen zunehmend beliebtes Format der Politikvermittlung ist die Satire, getragen von Sendungen wie „Extra 3“ oder „Heute-Show“. Sie waren da noch nicht so häufig zu sehen. Sind Sie froh darüber oder traurig – schließlich wird man als Politiker so ja auch bekannt. Und beliebt, wenn man sich vor der Kamera wacker schlägt.

Frei: Üblicherweise wird man da eher durch den Kakao gezogen. Während der Eurokrise war ich übrigens auch schon in einer solchen Sendung zu sehen. Damals hielt ich im Bundestag eine Rede zur Griechenland-Rettungspolitik und bin mit einigen Zitaten in der „Heute-Show“ gekommen.

Haben Sie der „Heute-Show“ auch schon mal ein Interview gegeben?

Frei: Um ehrlich zu sein: Dem versuche ich planvoll zu entgehen! Die Satire-Reporter sind ja durchaus erkennbar, wenn sie sich in der Lobby des Reichstagsgebäudes tummeln.

In der Lobby des Reichstags finden sich neben Comedians auch die berühmtesten Lobbyisten. Lobbying als Form der Öffentlichkeitsarbeit von Interessenträgern zielt darauf ab, jene Leute zu beeinflussen, die Gesetze machen. Ihr Vorgänger Siegfried Kauder stand in diesem Kontext der Spielautomatenindustrie sehr nahe. Zu wem pflegen Sie Verbindungen?

Frei: So weit würde ich nicht gehen. In der Politik geht es immer um vielfältige Interessen...

... das ist ja auch das Wesen der Politik!

Frei: Eben. Es gibt eben immer Menschen, die – ob nun organisiert oder unorganisiert – ihre Positionen vortragen. In einer Bürgersprechstunde passiert auch nichts anderes. Ich halte es für richtig, sich möglichst viele Positionen anzuhören. Am Ende bilde ich mir meine Meinung dann selbst.